HIER GEHT NOCH WAS – MEHR GRÜN INS RATHAUS

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

WAHLPROGRAMM FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2013

1. Stilllegung des Pannenreaktors Krümmel

Jahrzehntelange Proteste von Grünen und anderen Umweltschützern haben Wirkung gezeigt.
Jetzt wollen wir das AUS sicherstellen.

Daher fordern wir:

- Den Stilllegungsantrag von Vattenfall für das AKW Krümmel.
- Den zügigen Ausbau relevanter Bauteile, damit das „Aus“ unumkehrbar bleibt/wird.
- Größtmögliche Sicherheit für alle Beteiligten im Umgang mit den anfallenden radioaktiven Abfällen beim Rückbauprozess.
- Transparenz und Beteiligung bei allen Schritten während des Rückbaus.

2. Klimawandel und Energiepolitik

Der Klimawandel bedroht die Basis allen Lebens auf dieser Erde.
In diesem Zusammenhang ist die Energiepolitik von entscheidender Bedeutung.

- Wir unterstützen das Ziel unserer Stadt, bis 2030 nur noch alternative Energien zu nutzen. Dazu müssen wir alle BürgerInnen, Institutionen und Gewerbetreibenden motivieren, dieses Ziel gemeinsam mit den Stadtwerken zu erreichen.

- Wir fordern die Einstellung eines/einer KlimaschutzmanagerIn aufgrund des bereits bestehenden Klimaschutzkonzeptes.
- Städtische Liegenschaften sollten beispielhaft energetisch saniert werden und für Bürger-Energiegenossenschaften zur Verfügung gestellt werden.
- BürgerInnen und Gewerbetreibende sollen zusammen mit den Stadtwerken systematisch nach Möglichkeiten für Fernwärme und Kraftwärmekopplungsanlagen suchen und diese bei Zweckmäßigkeit anbieten und fördern.
- Die Energieversorgung soll vollständig in städtische Hand übergehen. Dazu muss der Vertrag zwischen den Stadtwerken und E.on gekündigt werden.
- Um Privathaushalte und Gewerbebetriebe an der Energiewende zu beteiligen, sollte unter anderem bei jedem Neubau eine Energieerzeugungsanlage installiert werden.
- 2007 initiierte die Agenda-21-Gruppe den Bau eines Laufwasserkraftwerkes und konnte alle Fraktionen der Stadt Geesthacht dafür gewinnen.
- Die GRÜNEN halten weiterhin am Bau eines Laufwasserkraftwerkes am Geesthachter Elbwehr fest.

- Wir waren an der Gründung des Energie-Ausschusses maßgeblich beteiligt. Die Stellung des Ausschusses innerhalb der Selbstverwaltung muss gestärkt werden, er sollte mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten.
- Wir fordern die Nutzung von Regenwasser in allen städtischen Gebäuden und eine konsequente Förderung von Regenwassernutzungsanlagen für alle Privathaushalte.
- Fracking ist eine Methode der rücksichtslosen Gewinnung von Erdgas und Erdöl unter Einsatz von höchst umweltschädlichen Chemikalien, die das Trinkwasser vergiften können.

Mit uns wird es kein Fracking geben!

3. Schutz der Umwelt

Geesthacht hat sich mit 220 weiteren Kommunen zu einem „Bündnis für biologische Vielfalt“ zusammengeschlossen. Unsere Stadt kann mit seiner reizvollen Lage am Elbe-Urstromtal, den bewaldeten Elbhängen und seiner teilweise bewahrten nacheiszeitlichen Dünenlandschaft werben. Dies bedeutet unsere besondere Verantwortung für die Erhaltung dieser Lebensräume in ihrer noch immer ursprünglich wirkenden Schönheit und für die in ihnen beheimateten Pflanzen und Tiere.

Daher fordern wir:

- Unterstützung von Umwelt- und Naturschutzzielen.
- Fortlaufende Überprüfung der Biotop-Kartierungen.
- Den Schutz von Elbufer- und Feuchtbiotopen.
- Förderung naturverträglicher Freizeit am Fluss.
- Dass in einer weithin überdüngten Kulturlandschaft die Mager-Biotope in die besondere Verantwortung Geesthachts gelegt werden.
- Die konsequente Fortschreibung des Baumkatasters. Eine Baumschutzsatzung mit einem dazugehörigen Baumkataster haben wir durchgesetzt. Auf unsere Initiative hin zahlt die Stadt Zuschüsse für die private Pflege von schutzwürdigen Bäumen.
- Die Erhaltung der Bäume in der Bergedorfer Straße, die Dank unseres Einsatzes noch stehen. Sie sollen auch bei einer Sanierung der Straße erhalten bleiben.
- Dass unsere Waldflächen, die Heidberge, in städtischem Eigentum bleiben. Durch vermehrte Pflanzung blühender und fruchtender Bäume und Sträucher wollen wir sie für Mensch und Natur attraktiver machen.
- Den Schutz von Biotopen wie Heideflächen und die Kuhtränke.

4. Verkehrspolitik

Wir fordern:

- eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs, damit jeder auch in Früh- und Spätstunden Arbeitsstelle oder Wohnort ohne Auto, und damit umweltfreundlich, erreichen kann.
- Die Schienenanbindung an Hamburg für den Personenverkehr unter Einbeziehung der Gemeinden Escheburg und Börnsen. Dabei sollen leise Fahrzeuge der fortschrittlichsten Technik wie Stadtbahn- oder Hybridtriebwagen zum Einsatz kommen.
- Den planmäßigen Ausbau sicherer Radwege unter dem Motto: „Radfahren soll Spaß machen“. Bei künftigen Straßenreparaturen oder -umbauten sollen Fahrrad-Streifen vorgesehen werden.
- Der überfällige Elbe-Radweg nach Tesperhude muss endlich realisiert wird.
- Die maroden Straßen müssen dringend saniert werden. Sanierung geht vor Neubau! Verkehrsvermeidung geht vor Ausbau.
- Für uns ist die Umgehungsstraße nach wie vor umweltschädlich, landschaftszerstörend und überflüssig.

Sozialpolitik für eine lebenswerte Stadt

5. Chancengleichheit

Wir fordern:

- Unbürokratische Unterstützung von Menschen, die besonderer Hilfe bedürfen.
- Förderung besonders benachteiligter sowie auch besonders begabter Kinder und Jugendlicher in Kindertagesstätten, Horten und Schulen.

6. Integration

- Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund müssen unterstützt werden.
- Gut integrierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene aus anderen Religions- und Kulturkreisen sind die Voraussetzung für gut ausgebildete Fachkräfte.

7. Kindertagesbetreuung

Viele Eltern müssen oder wollen trotz finanzieller Förderung arbeiten.

- Es müssen ausreichende und bedarfsgerechte Betreuungsplätze geschaffen werden. Das darf nicht auf Kosten der Qualität realisiert werden.

- Mehr Fachkräfte mit nichtdeutschem Kultur- und Religionshintergrund müssen eingestellt werden.
- Wir begrüßen auch für die Zukunft Einrichtungen mit alternativem Ansatz wie beispielsweise Montessori-Kindergärten.
- Kindertageseinrichtungen müssen langfristig Familienzentren werden, in denen Kinder schon früh individuell gefördert werden und Familien umfassende Hilfe erhalten.
- Das Angebot der Hortbetreuung für Grundschulkinder muss auch während der Schulferien erhalten bleiben.
- Ein gesundes Essen für alle. Der Preis sollte sozial gestaffelt sein.

8. Ganztägig gemeinsam lernen

Mit Unterstützung von Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern haben wir uns für den gebundenen und offenen Ganztagsunterricht an der Alfred-Nobel- und der Bertha-von-Suttner-Schule eingesetzt und ihn gegen den Willen von CDU und FDP genehmigt bekommen.

Wir fordern:

- Die unverzügliche Besetzung aller Stellen an den Schulen.
- Entlastung der Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben.
- Ein gesundes Essen für alle Schulkinder. Der Preis sollte sozial gestaffelt sein.

9. Jugendpolitik

Der letzte Stadtjugendpfleger und seine MitarbeiterInnen haben trotz Stellenkürzungen eine vorbildliche und engagierte Arbeit geleistet.

Wir fordern:

- Dass die Jugendpflege personell ausreichend ausgestattet wird, damit sie in allen Stadtteilen mit Angeboten präsent sein kann.
- Dass ein Jugendbeirat oder ein Jugendparlament eingerichtet wird. Kinder und Jugendliche sollen verstärkt an den für sie relevanten politischen Entscheidungen ihrer Stadt beteiligt werden.
- Dass im Oberstadttreff (Mehrgenerationenhaus) die NutzerInnen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten.
- Dass ehrenamtliche Angebote im Oberstadttreff weiter ausgebaut werden.
- Dass die Finanzierung transparenter gemacht wird.
- Dass die ehrenamtliche Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden weiter gefördert wird.
- Dass das Angebot der Spiel- und Bolzplätze wie bisher gepflegt wird und Kinder und Jugendliche in die Planung mit einbezogen werden.

10. Frauenpolitik

In der Stadtverwaltung sind Frauen in Führungspositionen in der Minderheit.

- Wir setzen uns dafür ein, dass bei Stellenneubesetzungen Frauen bevorzugt eingestellt werden.
- In städtischen Gesellschaften wollen wir durchsetzen, dass Aufsichtsräte zu 50 % mit Frauen besetzt werden.
- Das Frauennachttaxi wollen wir finanziell wieder stärker unterstützen.
- Das Frauenhaus und die Frauenberatungsstellen müssen angemessen finanziell unterstützt werden, damit sie ihre vielfältigen Aufgaben im Sinne der Frauen wahrnehmen können.

11. Seniorenpolitik

Die Zahl der älteren BürgerInnen steigt überproportional. Geesthacht muss dieser Entwicklung gerecht werden. Senioren sollen sich in Geesthacht wohlfühlen.

Wir fordern:

- Dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle möglich ist. Dies muss bei allen Neubauvorhaben berücksichtigt werden.

- Dass der trägerunabhängige Pflegestützpunkt und KIBIS gefördert werden und somit in Geesthacht präsent bleiben.
- Dass bei der Sanierung der städtischen Wohnungen der Grundsatz „Alt werden im Viertel“ berücksichtigt wird.

Alten- und Pflegeheim Katzberg

Diese städtische Einrichtung stellt etwa 20 Prozent der Pflegebetten in Geesthacht. Durch jahrelange Vernachlässigung der Gebäudeunterhaltung ist eine Sanierung oder ein Neubau erforderlich.

Wir fordern:

- Einen Neubau, um BewohnerInnen und Pflegekräften keine jahrelange Baustelle zuzumuten.
- Die Verpflichtung eines seriösen Betreibers und/oder Investors, der über solide Erfahrungen bei derartigen Einrichtungen verfügt, damit die Stadt sich nicht hoch verschulden muss.
- Eine weitgehende Arbeitsplatzbestandssicherung.

12. Wohnungspolitik

Der Verkauf der städtischen Wohnungen konnte durch die Grünen verhindert werden. Wir begrüßen die Gründung der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft (WOGE).

Wir fordern:

- Den Neubau bezahlbarer Wohnungen für Menschen mit und ohne Behinderung.
- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und die Förderung engagierter Investoren und Betreiber von alternativen Wohnformen.
- Bezahlbare Mieten nach der Sanierung der städtischen Wohnungen.
- Die Einhaltung des Grundsatzes „Sanierung darf keine Vertreibung bedeuten."

13. Kultur

„Der Mensch lebt nicht von Brot allein, es muss auch noch Kultur bei sein."

- Das Kleine Theater Schillerstraße soll mit geringeren Zuschüssen und Unterhaltungskosten fortgeführt werden.
- Die Gastronomie sollte an einen kommerziellen Betreiber vergeben werden.

- Die Volkshochschule soll erhalten und gefördert werden.
- Der Standard der Stadtbücherei muss langfristig sichergestellt werden.
- Das GeesthachtMuseum, das städtische Archiv sowie auch die vielfältigen kulturellen Angebote von Vereinen, Verbänden und BürgerInnen sollen verstärkt unterstützt werden.

14. Nachhaltige Siedlungsentwicklung und Stadtbildpflege

Geesthachts Innenstadt muss endlich auch für das Auge attraktiver werden. Statt weiterer Zersiedelung in den Außenbezirken fordern wir eine Innenstadtverdichtung mit einer kreativen Architektur der Sinne. „Schön ist, wenn Altes bleibt, wo Neues entsteht."

- Keine Mammutbauten und „Blechdosen" mehr!
- Wir setzen uns für eine Gestaltungssatzung ein.
- Den „Westhafen" sehen wir als Aufwertung des Geländes durch Wohnbebauung unter Erhaltung des Reetdachhauses. Wir fordern eine vernünftige Lösung für die Segler.
- Die Uferpromenade muss für die Öffentlichkeit zugänglich sein.
- Der Bau eines Einkaufmarktes in Grünhof wird von uns unterstützt, jedoch auf einem städtebaulich geeigneten Grundstück.

- Es sollte genügend Wohnraum für nicht behinderte und behinderte Menschen zur Verfügung gestellt werden. Investoren und Betreiber alternativer Wohnprojekte müssen gefunden und gefördert werden.

15. Förderung der lokalen Wirtschaft

Bei der Ansiedlung von Unternehmen müssen Umweltgesichtspunkte eine vorrangige Rolle spielen. Insbesondere Zukunftstechnologien, auch im Bereich der regenerativen Energien, lassen eine große Zahl neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze entstehen.

- Die lokale Wirtschaft benötigt Rahmenbedingungen für die Schaffung und den Erhalt von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.
- Geesthachter Unternehmer sollen bei Ausschreibungsverfahren vorrangig angesprochen und berücksichtigt werden. Ausschreibungen sind so zu formulieren, dass sich die Geesthachter Unternehmer problemlos, ohne die Bildung von Arbeitsgemeinschaften bewerben können.
- Die Grünen setzen sich für die Anwendung des Tariftreuegesetzes ein.
- Öffentliche Aufträge sollen nur an Unternehmen vergeben werden, die allen Mitarbeitern mindestens den ortsüblichen Tariflohn zahlen.
- **Gutachten sollen nur noch nach entsprechendem Beschluss des zuständigen Fachausschusses in Auftrag gegeben werden.**

16. Förderung des Ehrenamtes

- Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern muss durch die Verwaltung gefördert und unterstützt werden. Ehrenamtlicher Einsatz ist durch eine Kultur der Anerkennung und der Wertschätzung zu würdigen.
- Vereine und Verbände sollen durch Fördermittel sowie die Bereitstellung und Erhaltung von Sportstätten und Treffpunkten unterstützt werden.

>> Mit unseren **grünen** Inhalten wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren für Geesthacht eine zukunftsfähige Politik machen.

Grüne sorgen für lebendige Debatten, Transparenz und für mehr Demokratie, die eine deutlich ökologische und soziale Handschrift trägt.

Wählen gehen!

Gehen Sie wählen, geben Sie Ihre Stimme bei der Kommunalwahl am **26. Mai 2013** Bündnis 90/Die Grünen.

Mehr grün ins Rathaus – hier geht noch was! <<

Unser Spitzenteam

1	Ali Demirhan	Bankfachwirt
2	Elke Heyden-Dahlhaus	Seniorenbetreuerin
3	Gerhard Boll	Realschullehrer a. D.
4	Edith Müller-Eltzschig	Groß- und Außenhandelskauffrau
5	Dr. Klaus-Dieter Haase	Chemiker
6	Michael Wilde	Auszubildender
7	Bettina Boll	Hausfrau
8	Andreas Köppe	Zollbeamter
9	Selin Özcakir	Studentin
10	Dr. Friedhelm Ringe	Biologe
11	Sina Aylin Demirhan	Schülerin
12	Manfred Plath	Verwaltungsangestellter a. D.
13	Lisa Oechtering	Geowissenschaftlerin
14	Renate Lefeldt	Handelslehrerin a. D.
15	Petra Bolte	Consultant

HIER GEHT NOCH WAS.

www.gruene-geesthacht.de

Kontakt und V.i.S.d.P.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Geesthacht
Vertretungsberechtige/r: Annedore Granz
Schillerstr. 53, 21502 Geesthacht
Tel. +49 4152 8 11 42, Fax +49 4152 4152

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN